



#### Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – per Antwortkarte oder auf

publiceye.ch/mitglieder



#### Schluss mit den Ausreden

Es scheint beinahe surreal – am 29. November, vier Jahre nach dem Einreichen der Initiative, neun Jahre nach dem Start der ersten Petition, wird nun tatsächlich abgestimmt. Unsere 2011 formulierte Forderung ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: Die damals auf Ebene der UNO und OECD verabschiedeten internationalen Standards für Konzernverantwortung sollen Eingang in die Schweizer Gesetzgebung finden.

Doch während die Schweiz international munter mitverhandelte, kam der Enthusiasmus abrupt zum Erliegen, als es um die verbindliche nationale Umsetzung ging. Stattdessen formulierte der Bundesrat allerlei «Erwartungen» und liess dicke Berichte zur «Corporate Social Responsibility» schreiben. Alt Bundesrat Schneider-Ammann fasste dieses Laisser-faire vor dem Parlament 2013 anschaulich zusammen: «Es wird nicht staatlich gelenkt, es wird nicht staatlich Einfluss genommen, es muss auch nicht berichtet werden, und es muss auch nicht gefragt werden, ob man darf oder ob man nicht darf.» Der Applaus von Economiesuisse war ihm dafür gewiss.

Als Folge dieser Blockadepolitik ist die Schweiz heute das einzige europäische Land, das – abgesehen von einer Regelung zu Söldnerfirmen – keine Gesetze zu Konzernverantwortung kennt. Ein Armutszeugnis für unser Land! In den letzten zehn Jahren bei Public Eye habe ich hautnah erlebt, wie viel dies mit einer strategischen «Politik der Selbst-Verzwergung» (Autor Lukas Bärfuss) zu tun hat: Man macht sich kleiner als man ist, um die eigene Verantwortung zu minimieren oder gar ganz in Abrede zu stellen.

2011 durften wir Expertinnen und Experten aus der Bundesverwaltung das Public Eye Buch «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» vorstellen. Für die zentrale Erkenntnis, dass sich die Schweiz zum wichtigsten Rohstoffhandelsplatz der Welt gemausert hatte, ernteten wir ungläubige Blicke. Die Asymmetrie zwischen geografischer Grösse und ökonomischem Gewicht widerspricht dem helvetischen Selbstbild fundamental. Dabei sind wir als Standort global tätiger Konzerne schon lange eine Grossmacht und liegen europaweit auf Platz 4. Macht (und Profit daraus) bedeutet aber auch Verantwortung.

Am 29. November 2020 können wir Geschichte schreiben: für mehr Verantwortung und Zukunftsfähigkeit – und weniger Ausreden. Geben wir nochmals alles!

#### PUBLIC EYE - MAGAZIN Nr. 26 November 2020

REDAKTION & PRODUKTION Romeo Regenass (D) und Ariane Bahri (F)

LAYOUT & INFOGRAFIK opak.cc

TITELILLUSTRATION opak.cc

DRUCK Vogt-Schild Druck AG Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE D: 28 600 Ex. / F: 10 400 Ex.

– ISSN 2504-1266 KONTAKT Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0)44 2 777 999 kontakt@publiceye.ch

publiceye.ch

POSTKONTO 80-8885-4

Das Public Eye Magazin erscheint sechs Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitgliedschaft inklusiv Abonnement 75 Franken pro Jahr.



## Argumente, Fakten und Hintergründe

- 4 Fünf schlagende Argumente für ein JA!
- 5 Fragen und Antworten rund um die Initiative
- 8 Im breiten Verbund zum Erfolg
- 10 Die vielen Gründe für ein JA!

## Von krassen Fouls und einem Marathon

- 12 Mit einem verhunzten Bernhardiner und Wilhelm Tell auf Stimmenfang
- 14 Das Auf und Ab eines packenden Politkrimis

### Konkrete Fallbeispiele

- 16 Neue exklusive Recherche von Public Eye: Organisierte Verantwortungslosigkeit in Glencore-Mine in Bolivien
- 18 Syngenta-Pestizid vergiftet indische Kleinbauern und Landarbeiter
- **20** Schweizer Konzerne beliefern Afrika mit giftigen Treibstoffen

- 20 LafargeHolcim gefährdet die Gesundheit eines ganzen Dorfes
- 21 Ausbeutung und Umweltskandale in der Textilindustrie
- 21 Glencore-Mine vergiftet Kinder mit Schwermetallen

#### **Interview**

22 FDP-Nationalrätin Doris Fiala: «Hinter dem Gegenvorschlag des Nationalrats konnte ich zu 100 % stehen»

## Das Engagement von Public Eye

- 24 Von Beginn weg dabei: Andreas Missbach, Mitglied der Geschäftsleitung
- 25 An vorderster Front engagiert: Cyrielle Froidevaux, Freiwillige
- **26** So engagieren Sie sich in letzter Minute für die Initiative
- 27 So engagierten sich in den letzten Jahren die Regionalgruppen von Public Eye

## Argumente, Fakten und Hintergründe zur Initiative

Konzerne mit Sitz in der Schweiz sollen bei ihren Geschäften sicherstellen, dass sie die Menschenrechte respektieren und Umweltstandards einhalten. Hier finden Sie die besten Argumente für ein JA! zur Initiative, Antworten auf Falschinformationen der Gegenseite und das wichtigste Hintergrundwissen.

### FÜNF SCHLAGENDE ARGUMENTE FÜR EIN JA!

## Wer einen Schaden anrichtet, soll dafür geradestehen

Wer auf Kinderarbeit setzt oder die Umwelt zerstört, soll dafür geradestehen. Neu soll ein Konzern wie der Rohstoffgigant Glencore dafür haften, wenn er Flüsse vergiftet oder ganze Landstriche verwüstet.

## Präventiv handeln, statt Augen verschliessen

Immer wieder verletzen Konzerne Menschenrechte oder sind für Umweltzerstörung verantwortlich. Mit der Initiative werden Konzerne dazu verpflichtet, nicht länger wegzuschauen und präventiv dafür zu sorgen, dass keine Menschen zu Schaden kommen und dass die Umwelt nicht zerstört wird.

## Einzelne Konzerne nutzen rechtsfreie Räume aus

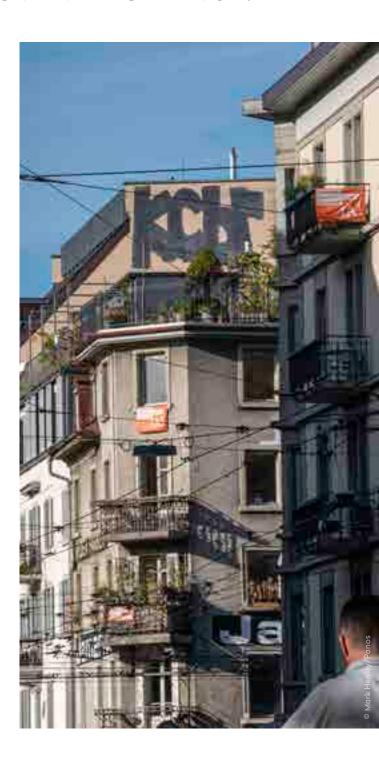
Skrupellose Konzerne nutzen die Situation in denjenigen Ländern aus, welche über keine funktionierende Justiz verfügen. Sie setzen auf Kinderarbeit oder zerstören die Umwelt, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. Deshalb braucht es die Initiative.

## Freiwilligkeit funktioniert nicht

Die Initiative schafft klare Regeln, um skrupellosem Verhalten einiger Konzerne einen Riegel vorzuschieben. Die Erfahrung zeigt, dass freiwillige Massnahmen nicht reichen, damit sich alle Konzerne an die Menschenrechte halten oder minimale Umweltstandards respektieren.

## Kein Konkurrenzvorteil durch Verantwortungslosigkeit

Die meisten Konzerne halten sich an die Regeln. Einige setzen sich jedoch über Umweltstandards hinweg oder ignorieren die Menschenrechte. Sie verschaffen sich einen Konkurrenzvorteil durch Verantwortungslosigkeit. Um das zu unterbinden braucht es die Initiative.



## FRAGEN UND ANTWORTEN RUND UM DIE KONZERNVERANTWORTUNGSINITIATIVE

#### Für welche Unternehmen gilt die Initiative?

Für Grosskonzerne. Kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 250 Mitarbeitenden (KMU) sind von der Initiative komplett ausgenommen. Eine Ausnahme sind KMU mit Hochrisiko-Tätigkeiten, etwa im Diamanten – oder Goldhandel in Konfliktgebieten. Zudem: Die Initiative betrifft nur Konzerne, die fahrlässig oder mutwillig Menschenrechte verletzen oder die Umwelt zerstören. Wer sich verantwortlich verhält, muss die Initiative nicht fürchten.

## Weshalb sagt die Gegenseite, unbescholtene KMU seien die Leidtragenden der Initiative?

Economiesuisse und die Konzernlobby wissen genau: Die Schweizer Bevölkerung hat wenig Verständnis für skrupellose Grosskonzerne. Deshalb setzen sie auf ein Ablenkungsmanöver und behaupten, dass Schweizer KMU betroffen seien. Das ist falsch. Das bestätigt auch der Direktor des Schweizer Gewerbeverbands, Hans-Ulrich Bigler, in der «Sonntagszeitung» vom 6. August 2020. Die Initiative richtet sich gegen die Verantwortungslosigkeit von internationalen Grosskonzernen wie Glencore oder Syngenta.

#### Was ist mit den Lieferanten?

Es gibt keine Haftung für Zulieferer oder Lieferanten. Die Initiative sieht vor, dass Konzerne künftig für Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung geradestehen müssen. Haftungsansprüche entstehen selbstverständlich nur dort, wo die betreffende Konzernmutter die Kontrolle darüber hat, wie vor Ort gearbeitet wird, also innerhalb des eigenen Konzerns. Dabei ist nicht nur die Situation auf Papier, sondern die Realität zu beurteilen. Dieses Verständnis von Kontrolle kann mit bewährten Begriffen des Schweizer Rechts rechtssicher definiert werden.

#### Wie weit geht die Pflicht zur Sorgfaltsprüfung?

Konzerne müssen bei ihren Tätigkeiten im Ausland systematisch überprüfen, welche Folgen diese auf Menschen und Umwelt haben können. Stossen sie auf Probleme, müssen sie geeignete Massnahmen ergreifen, um Verletzungen von Menschenrechten und Umweltstandards zu verhüten. Zudem müssen sie über ihre Erkenntnisse und Gegenmassnahmen Bericht erstatten. Diese Pflicht zur Sorgfaltsprüfung verhindert Schäden und wirkt präventiv. Nur sie – nicht aber die Haftung – erstreckt sich auch auf Zulieferer. Dieses Instrument ist keine Spezialität der Konzern-

verantwortungsinitiative, sondern ist international eng abgestimmt. Es entstammt direkt den UNO-Leitprinzipien, denen nicht nur die Staatengemeinschaft, sondern auch die internationalen Dachverbände der Wirtschaft zugestimmt haben (siehe unten).

#### Ist die Kontrolle komplexer Lieferketten überhaupt machbar?

Grosskonzerne haben tatsächlich hochkomplexe Zulieferketten. Trotzdem schaffen sie es, gesetzlichen oder betrieblichen Vorgaben beispielsweise bei der Qualität nachzukommen. Novartis weiss, welche Inhaltsstoffe in den verkauften Medikamenten sind, wie diese produziert wurden und ob sie die Sicherheitsstandards erfüllen. Was die Initiative will, ist einfach: Die Manager in den Chefetagen der Konzerne hier in der Schweiz dürfen nicht mehr länger die Augen vor Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung im Ausland verschliessen.

## Benachteiligt die Initiative nicht Schweizer Unternehmen?

Ein JA! zur Konzernverantwortungsinitiative macht die Schweiz nicht zum Sonderfall. Die internationale Entwicklung läuft genau in dieselbe Richtung. 2011 haben sich alle Nationen und internationale Wirtschaftsverbände auf die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geeinigt. Die Prinzipien basieren auf drei Pfeilern:

- 1. Staaten müssen Menschenrechte schützen
- 2. Unternehmen müssen Menschenrechte respektieren
- 3. Opfer müssen einen Zugang zur Wiedergutmachung haben.

Seither sind alle Länder gefordert, diese drei Pfeiler in ihre eigene Gesetzgebung zu integrieren.

## Spielt sich die Schweiz mit der Initiative nicht zum Weltpolizisten auf?

Schweizer Gerichte behandeln schon heute routinemässig internationale Sachverhalte, im strafrechtlichen Bereich etwa bei Korruption. Zum Beispiel wurde 2016 die Nitrochem verurteilt, eine Tochter des Basler Multis Ameropa, weil der Konzern einen hohen libyschen Beamten bestochen hatte. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso Bestechung klar geahndet wird, aber Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörungen nicht.

#### So können Opfer Wiedergutmachung erlangen

Um vor einem Zivilgericht auf Schadenersatz zu klagen und eine finanzielle Kompensation für den erlittenen Schaden einzufordern, müssen Betroffene zahlreiche und lückenlose Beweise erbringen. So würde der Ablauf eines Prozesses aussehen:



#### 1. Schaden

Das Opfer muss belegen, dass es einen Schaden erlitten hat.



#### 2. Kausalzusammenhang

Es braucht einen Kausalzusammenhang – einen unmittelbaren, ursächlichen Zusammenhang zwischen der Geschäftstätigkeit des Konzerns und dem Schaden.



#### 3. Widerrechtlichkeit

Der Schaden muss widerrechtlich entstanden sein und die Folge eines Verstosses gegen Menschenrechte oder internationale Umweltstandards durch den Konzern sein.



#### 4. Kontrolle

Der Konzern in der Schweiz muss das Unternehmen im Ausland kontrollieren (Tochterfirma).



#### 5. Sorgfaltspflicht

Sind die obenstehenden Voraussetzungen bewiesen, hat der Konzern immer noch die Möglichkeit, sich aus der Haftung zu befreien. Dazu muss der Konzern nachweisen, dass er die nötige Sorgfalt walten liess, also alle nötigen Instruktionen und Kontrollen durchführte, es aber dennoch zum Schaden gekommen ist.



#### 6. Gericht

Gelingt dem Konzern der Nachweis, weist das Gericht die Klage trotz angerichtetem Schaden ab.



#### Konzern-Hochburg Schweiz

In keinem Land der Welt gibt es pro Kopf gemessen mehr globale Konzerne als in der Schweiz. Und auch absolut gesehen ist die Schweiz unter den Top 5 in Europa.

#### Weltkonzerne pro Million Einwohner

Schweiz 1,73

Niederlande 0,85

Frankreich 0,59

USA 0,54

Deutschland 0,45

Quelle: Swissholdings, Daten und Fakten zum Konzernstandort Schweiz, 2016 (Basis FORTUNE Global 500)

#### Weltkonzerne absolut

Grossbritannien 77

Frankreich 57

Deutschland 51

Schweiz 41

Italien 26

Quelle: FORBES-Liste der 2000 grössten börsenkotierten Unternehmen, 2020

#### Wie funktioniert die Haftung?

Menschen, die im Ausland von einem Schweizer Konzern geschädigt wurden, sollen vor einem Schweizer Zivilgericht auf Schadenersatz klagen und eine finanzielle Kompensation für den erlittenen Schaden einfordern können. Bedingung dafür: Die Konzernzentrale in der Schweiz handelte unverantwortlich.

#### Die Gegenseite spricht von einer Beweislastumkehr.

Die Beweislast bleibt wie gewohnt: Betroffene müssen aufzeigen, dass der Schweizer Konzern für den Missstand verantwortlich ist, indem sie Schaden, Widerrechtlichkeit, Kausalität und die Kontrolle durch den Konzern beweisen. Wenn die Schweizer Konzernzentrale angemessene Schritte ergriffen hat, um den Schaden zu verhindern, wird die Klage abgewiesen (siehe Grafik links).

Diese Beweislastverteilung gilt im Schweizer Recht generell, wenn für jemanden gehaftet wird, den man kontrolliert – seien es Eltern für ihre minderjährigen Kinder, die Tierhalterin für ihren Hund oder der Geschäftsherr für seine Hilfsperson.

#### Droht Schweizer Unternehmen eine Flut von Klagen?

Nein, eine Klageflut droht mit Sicherheit nicht. Denn das Zivilprozessrecht bleibt unverändert und die Hürden sind in Bezug auf Beweise und Kosten sehr hoch. In Ländern wie Grossbritannien oder den Niederlanden werden schon heute solche Klagen eingereicht, von einer Flut kann auch dort keine Rede sein: Eine Studie des Europäischen Parlaments spricht von 35 Klagen in 25 Jahren – in allen europäischen Ländern zusammen.

#### Wie regeln andere Länder die Konzernverantwortung?

Frankreich hat 2017 mit der «Loi de vigilance» eine gesetzliche Sorgfaltsprüfungspflicht für grosse Unternehmen eingeführt. Das Gesetz entspricht weitgehend den Forderungen der Konzernverantwortungsinitiative.

**Italien** kennt bereits seit 2015 ein spezifisches Unternehmenshaftungsgesetz für bestimmte Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen.

In Grossbritannien fordern Geschädigte bereits heute vor Gericht Wiedergutmachung für Schäden, die sie durch britische Tochtergesellschaften im Ausland erlitten haben, so wie es die Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz fordert.

In Deutschland ergibt das Monitoring des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte im Juli 2020, dass weniger als 50% der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ihre menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten ernst nehmen und ihnen nachkommen. Die deutsche Regierung unter Kanzlerin Merkel arbeitet nun an einem Lieferkettengesetz. Im September 2020 sprechen sich 75% der Bürgerinnen und Bürger in einer Umfrage dafür aus.

In zahlreichen weiteren Ländern wie Luxemburg, Finnland, Norwegen oder den Niederlanden arbeiten Regierung und Parlament an entsprechenden Gesetzen.

Die **EU-Kommission** will diese nationalen Bestrebungen nun per 2021 mit einer EU-Regulierung harmonisieren. Sie soll wie die Konzernverantwortungsinitiative eine Präventionspflicht für alle Menschenrechte und die Umwelt sowie eine zivilrechtliche Haftung umfassen.

Eine Evaluations-Studie der EU-Kommission war anfangs 2020 zum Schluss gekommen, dass die Pflicht zur Berichterstattung und punktuelle Sorgfaltsprüfungspflichten für Konfliktmineralien (Ansatz des Gegenvorschlags zur Konzernverantwortungsinitiative in der Schweiz) eindeutig nicht ausreichen.

## Fordert die Initiative von der Schweiz eine imperialistische Aussenpolitik?

Von Imperialismus kann keine Rede sein: Ein Schweizer Zivilgericht wird auch zukünftig nur für Schweizer Konzerne zuständig sein. Mit der Initiative wird also nicht etwa «Schweizer Recht ins Ausland exportiert», sondern im Gegenteil sichergestellt, dass Schweizer Konzerne internationale Standards befolgen. Wir kehren also vor der eigenen Haustüre.

## Zwingt die Initiative Konzerne zum Rückzug aus Entwicklungs- und Schwellenländern?

Schweizer Unternehmen sind wichtig für die Entwicklung und Innovation in zahlreichen Ländern. Sie tragen mit Investitionen und Know-how-Transfer zum Wohlstand bei. Die Konzernverantwortungsinitiative wird nicht zu weniger Investitionen im Ausland führen. Das zeigen ähnliche Regeln in anderen Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich. Auch in Grossbritannien oder Kanada müssen Konzerne bereits für angerichtete Schäden geradestehen. Konzerne aus diesen Ländern haben ihre Investitionen nicht reduziert oder sich aus Entwicklungsländern zurückgezogen.

Dafür gibt es auch keinerlei Grund: Mit der Initiative werden Zulieferer aus Entwicklungsländern nicht zum unkalkulierbaren Risiko, wie dies die Gegnerschaft behauptet, denn die Haftung beschränkt sich allein auf den Konzern. Für Zulieferer besteht eine Präventionspflicht, aber ohne Haftungsfolgen. Damit fällt auch das Argument eines drohenden Rückzugs aus Entwicklungs- und Schwellenländern in sich zusammen.

## IM BREITEN VERBUND ZUM ERFOLG



3 Unterstützungskomitees

130 Organisationen

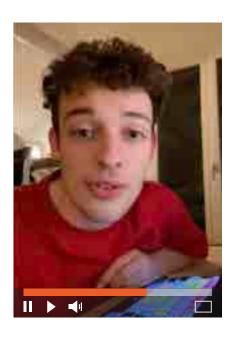
**450** Lokalkomitees

7000 Freiwillige





## Es gibt viele Gründe für ein JA! zur Initiative





Der Bieler Musiker **Nemo**unterstützt wie viele andere
Prominente Public Eye und die
Konzernverantwortungsinitiative
mit einer Videobotschaft.
Sie finden sie auf Facebook,
Instagram, Twitter und Youtube.

Ich stimme Ja zur Konzernverantwortungsinitiative, weil mir eine nachhaltigere und gerechtere Schweiz und Welt wichtig sind. Geschäfte, die gegen die Menschenrechtskonvention verstossen, darf man nicht tolerieren.

NEMO, MUSIKER







Schweizer Konzerne haben in der Geschichte immer wieder dazu beigetragen und tragen weiterhin dazu bei, globale Ungleichheiten zu verstärken. Mit der Konzernverantwortungsinitiative nehmen wir als international bedeutender Unternehmensstandort unsere Verantwortung endlich wahr und setzen dem ein Ende.

NORA SCHEEL, FREIWILLIGE PUBLIC EYE Wie würden in der Schweiz ansässige Konzerne argumentieren, wenn sie Schweizer Kinder für den Profit ihrer Aktionäre arbeiten liessen, das Wasser hier mit Chemikalien verschmutzen, die Umwelt vernichten, die Bevölkerung schädigen würden? Wir sorgen dafür, dass CEOs und Aktionäre wieder ruhig schlafen können! Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

SIBYLLE BERG, SCHRIFTSTELLERIN Dass ein Schweizer Konzern von der Schwäche des Staats in einem armen Land profitiert, um zu tun, was in der Schweiz nicht möglich wäre, finde ich inakzeptabel. Mit der Initiative wird ein grundlegendes Prinzip verankert: Schweizer Konzerne haben die Menschenrechte zu respektieren und die Umwelt zu schützen, wenn sie im Ausland aktiv sind.

JULIEN REINHARD, FREIWILLIGER PUBLIC EYE



Was bedeutet eigentlich Swissness? Ein globales Ausbeutungsverhältnis? Schön, dass hier in der Schweiz vieles so sicher und so sauber und so schön und so teuer und so qualitativ hochstehend ist. Solange Unsicherheit, Abfall, Niedriglöhne und desaströse Arbeitsbedingungen einfach ausgelagert werden, ist das aber nicht wirklich fair. Schweizer Konzerne sollen Verantwortung übernehmen, wenn sie von Sicherheit, Reputation und Wohlstand der Schweiz profitieren.





Ich bin in Nantes geboren, einer Stadt, die durch einen der wichtigsten Häfen für den Sklavenhandel in Europa reich wurde. 150 Jahre später beuten einige wenige, aber mächtige Schweizer Konzerne Sklavenkinder in Minen und Kakaoplantagen aus. Die zügellose Gier dieser Konzerne ist kriminell und richtet sich gegen die Interessen der Schweiz.

XAVIER LABARRE, FREIWILLIGER PUBLIC EYE



Ich stehe aus drei Gründen für die Konzernverantwortungsinitiative ein. Erstens aus ethischen Überlegungen, zweitens geht es mir um die Reputation der Schweiz. Ich bin überzeugt, dass wir uns Unternehmen, die Menschenrechte oder Umweltstandards verletzen, nicht mehr leisten können. Und drittens können wir unseren Wohlstand nur aufrechterhalten, wenn wir Unternehmen haben, die international wettbewerbsfähig, aber auch ethisch sauber sind.

LUCREZIA MEIER-SCHATZ, ALT NATIONALRÄTIN CVP/SG



Ich finde es toll, dass die Initiative aus der Zivilbevölkerung kommt und von über 130 Organisationen mitgetragen wird. Als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sind wir mitverantwortlich dafür, dass Schweizer Firmen ihre Profite und damit auch unseren Wohlstand nicht auf Kosten von Mensch und Umwelt im Ausland generieren.

CHRISTINE WERDER, FREIWILLIGE PUBLIC EYE



Die christliche Botschaft nimmt klar die Position der Unterdrückten ein und ist eine Heilsgeschichte für Menschen am Rande der Gesellschaft. Wenn wir diese Botschaft ernst nehmen, können wir gar nicht anders, als uns für die Würde aller Menschen und für die Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Genau das fordert die Initiative und selbstverständlich unterstützen wir das als Kirche.

SIMONE CURAU-AEPLI, PRÄSIDENTIN SCHWEIZERISCHER KATHOLISCHER FRAUENBUND



Verantwortung zu übernehmen ist für mich als Unternehmer eine Selbstverständlichkeit. Aber auch international tätige Konzerne sollten das tun. Viele machen das, aber leider gibt es einige schwarze Schafe, und für die braucht es verbindliche Regeln. Verantwortung hört nicht an der Landesgrenze auf.

DIETRICH PESTALOZZI, EHEM. VR-PRÄSIDENT PESTALOZZI AG

## Mit einem verhunzten Bernhardiner und Wilhelm Tell auf Stimmenfang

8 Millionen Franken. So viel investiert die Wirtschaftslobby in den Kampf gegen die Konzernverantwortungsinitiative. Doch weil die gut gefüllte Kriegskasse nicht ausreicht, greifen Economiesuisse und ihre Verbündeten auch zu platten Lügen, um die Stimmbevölkerung zu überzeugen. Hier die Analyse der Kampfkommunikation jener Kreise, welche die Interessen einiger skrupelloser Konzerne höher gewichten als den Schutz von Menschenrechten und Umwelt.

**GÉRALDINE VIRET** 

«Die Schlammschlacht um die Initiative beginnt» oder «Nur ja kein Wort über Menschenrechte» titeln die Medien. Einige Wochen vor dem 29. November tobt der Abstimmungskampf wie kaum je einer zuvor. In dieser erbitterten Auseinandersetzung geht es um jede Stimme. Nachdem ich Tante Léandre, Onkel Jacky und der Hälfte meiner Telefonkontakte eine Postkarte geschickt habe, will ich auch Karten an ein Zielpublikum senden, das gemeinhin als verloren gilt: unseren Widersachern.

Economiesuisse, Swissholdings, der Zürcher FDP-Ständerat Ruedi Noser, die Waadtländer GLP-Nationalrätin Isabelle Chevalley und selbst unsere Bundesrätin Karin Keller-Sutter ... ich würde sie ja gerne als «Gegner» bezeichnen, wenn sie sich besser verhalten würden. Aber nervös wie sie sind, nachdem diese lästigen orangen Fahnen ihnen seit Monaten den Sonntagsspaziergang verderben, haben die Konzernlobby und ihre Handlanger schon lange eine rote Linie überschritten.

Ihre Strategie ist klar: Sie wollen das Stimmvolk davon überzeugen, dass die Initiative eine schreckliche Gefahr für die Schweizer Wirtschaft darstellt und für «die Menschen in Entwicklungsländern wie ein Bumerang» wirkt. Und sie wollen dem Gegenvorschlag des Parlaments zum Durchbruch verhelfen, der in Kraft tritt, sofern die Initiative an der Urne Schiffbruch erleidet. Sie stellen diesen als einzig möglichen Weg dar, um die Menschenrechte und die Umwelt zu schützen, ohne unseren sakrosankten Wohlstand zu gefährden. Notfalls auch mit platten Lügen oder Fehlinformationen. So spielen unsere Widersacher mit dem Feuer und verraten eines der grundlegenden Prinzipien der direkten Demokratie: das Führen von Debatten auf der Basis von Fakten.

Nichts kann die argumentativen Nöte der Konzernlobby besser illustrieren als die Plakate des parteiübergreifenden Komitees gegen die Initiative und ihr Slogan «Helfen ja, aber doch nicht so!». Hinter dieser gloriosen Idee steckt mit Sicherheit stundenlanges Brainstormen: ein Bernhardinerhund, der sich in den Schwanz beisst? Oder besser Wilhelm Tell, der den Apfel verfehlt und seinem Sohn einen Pfeil mitten in die Birne schiesst? Wenn ich nur schon daran denke, zittert mein Pass mit dem Schweizerkreuz.

Dieses Komitee schreckt also nicht davor zurück, die helvetische Armbrust und die Hacke aus Burkina Faso – wir kommen noch darauf zurück – zu zücken, um das Stimmvolk davon zu überzeugen, dass diese «brachiale» Initiative am Ziel vorbeischiesst, der Wirtschaft schadet und kontraproduktiv wirkt. FDP-Präsidentin Petra Gössi etwa sagt: «Die Initiative hat einen Dominoeffekt auf die Schweizer KMU und schadet unserer Wirtschaft, die schon stark unter den Folgen der Covid-Krise leidet.» Ja, unsere Gegner, die wissen, wie man auf die Tränendrüse drückt.

Denn das Schicksal der KMU ist eines der heissen Eisen der Debatte und wohl das bezeichnendste Beispiel für die alternativen Fakten, die das Nein-Lager propagiert. Um das Stimmvolk von einem «zukunftsgerichteten» Gegenvorschlag zu überzeugen, warnt es davor, dass die Initiative die KMU betreffe; «gerade in der aktuellen Situation sollten wir unseren KMU nicht solche Steine in den Weg legen». Stellen Sie sich nur mal dieses katastrophale Szenario vor: Ihr Coiffeur muss alle seine Lieferanten überprüfen, bricht unter einem endlosen Papierkrieg zusammen und kann Ihnen nicht mehr das Haar schneiden! Aber Sie können beruhigt sein: Die Behauptungen von Economiesuisse wurden selbst von Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler als «Unsinn» kritisiert, der von der Konzernlobby im August «Glaubwürdigkeit und gute Argumente» gefordert hatte. Umsonst.

#### Der Zahlenkrieg

Auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter zeigte jüngst ein Flair für Übertreibungen und beschwörte die Schreckensvorstellung einer immens hohen Zahl von betroffenen KMU herauf. «Nach Schätzungen sind sicher 80 000 Unternehmen von der Initiative betroffen», zitierte die Bundesrätin vor den Medien eine Studie, die im Mai von der liberalen Organisation Succèsuisse publiziert wurde, um die Parlamentarier zu beeinflussen. Dieser handgestrickten Studie, welche die Bestimmungen des Initiativtextes nicht berücksichtigt, fehlt es komplett an Glaubwürdigkeit.

Die angsteinflössenden Zahlen sind reine Panikmache. Die Bäcker, die Müller oder die Drucker werden mitgezählt, dabei werden diese nie und nimmer zu den wenigen KMU in Risikosektoren gehören, die der Initiativtext betrifft. Aber für unsere Justizministerin ist das kein Grund, den Fuss vom Gaspedal zu nehmen, weiss sie doch genau, wie man eine solche Initiative oder einen wirksamen Gegenvorschlag bekämpfen muss – indem man seinen Einflüsterern gut zuhört und unliebsame Details ausblendet.

#### Eine Bedrohung für Afrika

Weil in der Schweiz seit einiger Zeit ein progressiver Wind weht, haben die Widersacher bald realisiert, dass die üblichen Drohungen nicht ausreichen werden, um jenen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die den Schutz von Menschenrechten und Umwelt mit Herzblut vertreten. Deshalb muss man ihnen das gute Gewissen nehmen, im Namen der Betroffenen!

Die Hauptrolle in dieser Farce hat die Waadtländer GLP-Nationalrätin Isabelle Chevalley übernommen. Sie lässt sich in traditioneller afrikanischer Kleidung und mit einer Hacke aus Burkina Faso fotografieren, um den Initianten und ihrer «neokolonialistischen» Initiative eins auszuwischen, indem sie die afrikanische Bevölkerung instrumentalisiert. Sie, die vorgibt, eine Nuance in die Debatte einbringen zu wollen, hat in Burkina Faso bereits alle vorgewarnt, und insbesondere den Wirtschaftsminister: Wenn diese Initiative durchkomme, würden alle Schweizer Unternehmen das Land verlassen. Und das kann Isabelle Chevalley natürlich «nicht zulassen». Deshalb nimmt die Parlamentarierin, die der Lobby der Rohstoffhändler STSA nahesteht, am Kreuzzug gegen die Initianten und insbesondere Solidar

teil. Sie war sich nicht zu schade, einen lokalen Journalisten einzuspannen, um angeblich gestellte Fotos von Kindern auf Baumwollfeldern zu entlarven und so das Hilfswerk zu diskreditieren. Auch Schläge unter der Gürtellinie sind erlaubt!

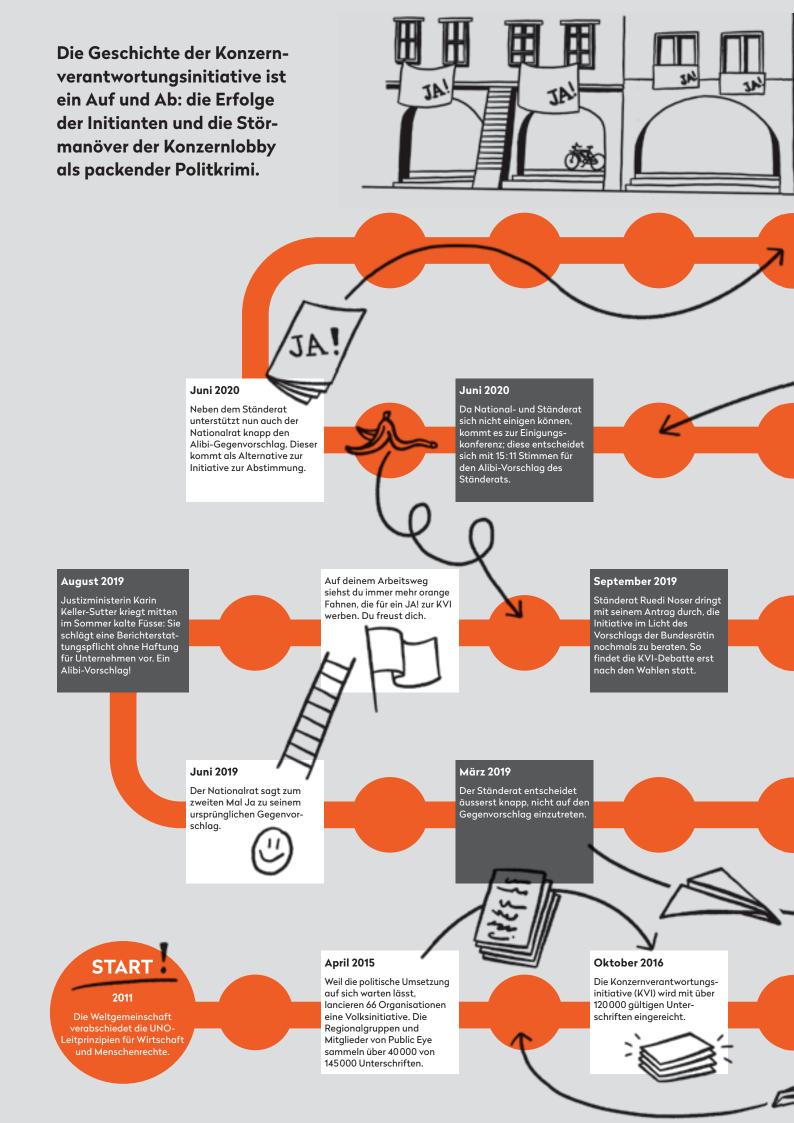
Denn bei unseren Widersachern drehen selbst emotionale Argumente ins Absurde. Im Ausland nicht zu machen, was in der Schweiz nicht erlaubt ist, wird plötzlich neokolonialistisch und erhöht die Armut vor Ort. FDP-Ständerat Ruedi Noser geht noch weiter: «Die Initiative schadet den Menschenrechten», sagte er kürzlich im «Club» von SRF. Man solle die Unternehmen doch «zusammen mit der Bevölkerung etwas entwickeln lassen». Und wenn etwas unter dem Titel «Ausbeutung» läuft, schliessen wir am besten die Augen!

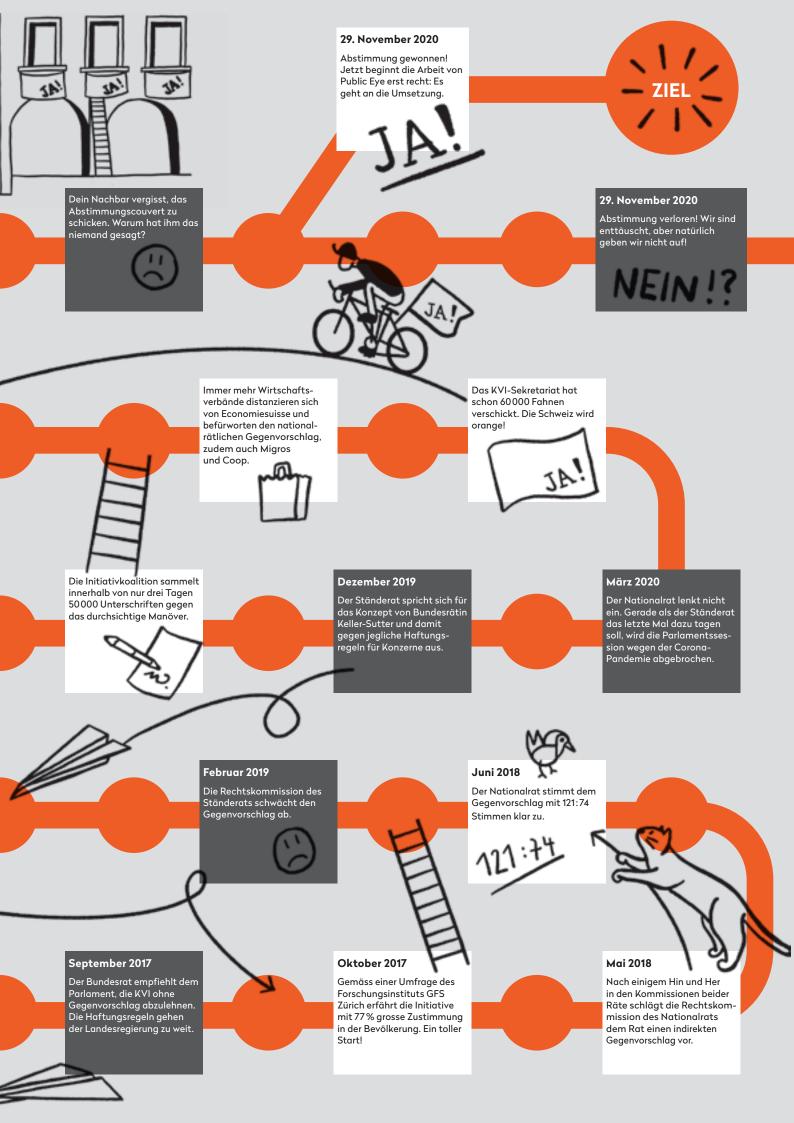
#### Ein Gegenvorschlag, der völlig überholt ist

«Wussten Sie, dass die Schweiz mit dem Gegenvorschlag weltweit zur Vorreiterin in Sachen Unternehmensverantwortung würde?», fragt Economiesuisse auf Twitter. Ein Enthusiasmus, der beinahe vergessen lässt, dass die Konzernlobby sich mit ihrem ganzen Gewicht gegen einen wirksamen Gegenvorschlag gestemmt hat. Doch der Alibi-Gegenvorschlag, der Bundesrätin Karin Keller-Sutter von Swissholdings eingeflüstert worden ist, war dann plötzlich genehm. Kein Wunder: Er ist völlig zahnlos.

Der Beweis: Weil sich gezeigt hat, dass tolle Berichte auf Hochglanzpapier nichts bringen, plant die EU strengere Vorschriften, die weit über jene des Schweizer Gegenvorschlags hinausgehen. «Damit erledigt die Schweiz ihre Hausaufgaben, schnell und präzise», lobt Economiesuisse den Gegenvorschlag. Nur ein JA! am 29. November macht aus dieser Lüge Realität.







Seit Jahrzehnten sind unzählige Skandale dokumentiert, wie Konzerne Menschenrechte verletzen und die Umwelt zerstören. Schweizer Konzerne sind hier keine Ausnahme, im Gegenteil: Einige sind unmittelbar in Menschenrechtsverletzungen involviert. Zudem kommen diese gehäuft in Sektoren vor, in denen Schweizer Konzerne stark vertreten sind. Hier einige besonders krasse Fälle, die Public Eye und andere Organisationen ans Licht gebracht haben.





Es ist eng und stickig. Bis auf den Schein unserer Stirnlampen gibt es kein Licht, die Sicht ist getrübt, als schaute man durch eine beschlagene Brille. Je weiter wir in dem mancherorts kaum eineinhalb Meter hohen Stollen in den Berg vordringen, desto heisser und stickiger wird es. Hie und da scheint unser Lichtkegel in Dutzende Meter tiefe Löcher, die ohne jegliche Sicherung vom Tunnel abgehen. Rumpelnd kommt uns ein Kleintraktor entgegen, der Gestein nach draussen führt. Wir drücken uns an die Tunnelwand, damit er uns kreuzen kann. Dann geht's weiter hinein in einen der Stollen der Mine Porco, gelegen auf dem bolivianischen Altiplano, 50 Kilometer entfernt von der Departementshauptstadt Potosí, auf 4200 Metern über Meer.

#### Juan, 15, Minenarbeiter

Vor uns geht Juan, der eigentlich anders heisst. Er arbeitet zum zweiten Mal hier in der Mine, schon letztes Jahr kam er aus Cochabamba hierher. Während der Schulferien. Juan ist 15 Jahre alt. Frühmorgens sind wir mit ihm, sieben weiteren Kumpels und ihrem Vorgesetzten auf der Ladefläche eines Lastwagens den Berg hinaufgefahren, unter dem Torborgen hindurch, auf dem in goldenen Lettern «Illapa S.A.» steht – der Name der hundertprozentigen Tochterfirma von Glencore, welche mit der staatlichen Bergbaugesellschaft Comibol einen Vertrag zur Ausbeutung der Mine abgeschlossen hat. Mit schwerem Gerät höhlt die Firma den Berg aus – und überlässt dann jene Sektoren, in denen

es für sie nichts mehr zu holen gibt, den Kooperativen, die mit einfachen Mitteln und unter grösster Gefahr abbauen, was übriggeblieben ist. Einen Grossteil davon kauft die Glencore-Tochterfirma auf und verarbeitet ihn in der firmeneigenen Anlage direkt auf dem Berg.

Vom Lohn wolle er sich neue Kleider kaufen, hatte uns Juan gesagt. Doch zuerst muss er sich diesen verdienen. In einem kaum gesicherten Stollen, 1200 Meter im Innern des Berges, in Gummistiefeln und mit einem Helm aus billigem Plastik auf dem Kopf. Käme er nicht lebend aus der Mine, erhielte seine Familie von der Kooperative eine Entschädigung von 3000 Dollar. Zu einer Strafuntersuchung käme es höchstwahrscheinlich nicht. Und seine Kollegen würden am nächsten Tag wieder in die Mine gehen, als wäre nichts geschehen.

#### Ein, zwei Getötete pro Monat

Dabei geschieht fast täglich etwas. Pro Woche komme es in der Mine Porco im Schnitt zu drei mittelschweren bis schweren Unfällen, erzählt uns die diensthabende Ärztin im rudimentär eingerichteten Gesundheitszentrum des Städtchen Porco; Kopf- und Rückenverletzungen wegen herabfallender Gesteinsplatten, Stürze, gequetschte oder gar abgetrennte Gliedmassen. Mit Unfallopfern, die erst 15 oder 16 sind, hätten sie es immer wieder zu tun, die jüngsten, die sie hier behandelt hätten, seien gerade mal 11 Jahre alt gewesen. Pro Monat, sagt die Ärztin, kämen in der Mine im Schnitt ein bis zwei Arbeiter bei Unfällen ums Leben.

#### Die ganze Geschichte online lesen

Lesen Sie auf *https://stories.publiceye.ch/glencorebolivien* die komplette Reportage: Erfahren Sie von der schwierigen Lage eines Ex-Minenarbeiters, der nach einem schweren Unfall auf sich allein gestellt ist. Und Iernen Sie das Schicksal der Familien kennen, die unterhalb der Mine Land bestellten und Vieh hielten – und nun wegen der Verschmutzung ihrer Gewässer vor dem Nichts stehen. Lesen Sie zudem, was Glencore zu den Vorwürfen sagt – und was sich in Bolivien bei einer Annahme der Konzernverantwortungsinitiative ändern würde.



## Syngenta-Pestizid vergiftet indische Kleinbauern und Landarbeiter

Im indischen Yavatmal wurden Hunderte von Landarbeitern schwer vergiftet. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Pestizid «Polo» von Syngenta, das in der Schweiz längst verboten ist. Neue Recherchen und amtliche Dokumente aus Indien zeigen: Das in der Schweiz seit Langem verbotene Syngenta-Pestizid spielte bei der Vergiftungswelle eine weit grössere Rolle als bisher bekannt. Ungeachtet dessen verkauft Syngenta weiterhin Polo in Indien.

2017 wurden in Indien innert zwölf Wochen rund 800 Landarbeiter schwer vergiftet, als sie auf Baumwollfeldern Pestizide ausbrachten. Über 20 von ihnen starben. Eine Recherche von Public Eye zeigte, dass das Syngenta-Insektizid Polo mitverantwortlich ist für die Vergiftungen. Polo ist ein Insektizid mit dem Wirkstoff «Diafenthiuron». Dieser ist in der Schweiz

und in der EU seit Jahren verboten. Er wurde 2009 vom Schweizer Markt zurückgezogen und steht auf der Liste der Stoffe, die «wegen ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen oder auf die Umwelt verboten» sind. Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat Diafenthiuron als «giftig beim Einatmen» eingestuft und spezifiziert, dass der Wirkstoff «bei längerer oder wiederholter Exposition organschädigend» sein kann. Dennoch exportierte Syngenta im Jahr 2017 allein nach Indien rund 75 Tonnen des Wirkstoffs. Der Basler Konzern hat seine Mitverantwortung für die Vergiftungsfälle bisher stets bestritten. Der Konzern beanstandete auch eine 10vor10-Recherche zu den Vorkommnissen in Yavatmal – freilich erfolglos.

Amtliche Dokumente, die Public Eye zugespielt wurden, deuten darauf hin, dass das Ausmass der Vergiftungen im Zusammenhang mit Polo weitaus grösser ist als bislang bekannt. 96 Vergiftungsfälle wurden 2017 von der Polizei im Zusammenhang mit Polo protokolliert, in 36 Fällen wurde gemäss Protokoll ausschliesslich Polo eingesetzt. Darüber hinaus hatte die Maharashtra Association of Pesticides Poisoned Persons (MAPPP) mit zahlreichen weiteren Vergiftungsopfern Kontakt. Viele Betroffene litten an akuten Vergiftungssymptomen und verfügen zum Teil über entsprechende medizinische Atteste.

#### Dramatische Auswirkungen für ganze Familien

Die Fälle von 51 Opfern, die sich alle in ärztliche Behandlung begeben mussten, wurden von Public Eye und anderen Organisationen minutiös aufgearbeitet. Zu den akuten Vergiftungsfolgen gehörten Augenprobleme, Übelkeit, neurologische und muskuläre Symptome, Atemprobleme sowie Schwellungen und Hautreaktionen. 43 wurden hospitalisiert, die Mehrheit zwischen einem Tag und 2 Wochen, 9 Personen länger als 2 Wochen, eine Person verbrachte gar 31 Tage im Spital. 44 der 51 Personen berichteten über temporären Sehverlust, 16 Personen waren während mehrerer Stunden bis mehrere Tage bewusstlos.

Die meisten Opfer waren längere Zeit arbeitsunfähig, einzelne bis zu einem Jahr. Dadurch ist für viele Familien das ohnehin tiefe Haushaltseinkommen dramatisch gesunken und zugleich die Belastung für die Frauen in den betroffenen Familien gestiegen. Sie müssen nicht nur ihre Kinder betreuen, sondern auch ihre kranken Ehemänner pflegen und als Tagelöhnerinnen auf den Feldern arbeiten, wobei sie einen deutlich geringeren Lohn als Männer erhalten.

#### Kein Geld mehr für den Schulbesuch

Krasse Folgen hatte dies für Gita Sonule, die Witwe eines verstorbenen Landarbeiters. Ihre Tochter und ihr Sohn, beide im Teenageralter, mussten nach dem Tod ihres Vaters die Schule abbrechen und auf den Feldern arbeiten, weil das Geld nirgends hinreichte. Sonule bemängelt auch die fehlenden Sicherheitsvorkehrungen: «Mein Mann hatte keinen Schutzanzug an, denn es gab gar keine.» Er habe auf einer Farm als Tagelöhner gearbeitet und das Pestizid dort ohne spezielle Anweisungen erhalten, um es auf den Feldern auszubringen.

Bei vielen Vergiftungsopfern leidet auch das soziale Leben: Sie können keine längeren Distanzen mehr gehen oder können sich wegen wiederkehrender Reizungen von Haut und Augen nicht mehr der Sonne aussetzen. Sie sind dadurch in ihrem Aktivitätsradius massiv eingeschränkt.

#### Das ändert sich mit der Initiative:

Bei Annahme der Konzernverantwortungsinitiative könnte Syngenta nicht mehr länger die Augen vor Menschenrechtsverletzungen verschliessen, die eine Folge ihrer Geschäftstätigkeit sind. Den Verkauf von hochgiftigen Pestiziden in Yavatmal müsste das Unternehmen einstellen. Denn die sichere Anwendung ist in der Praxis nicht gewährleistet. Änderte sich nichts, müsste Syngenta für verursachte Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden geradestehen.

#### Syngenta wegen des hochgiftigen Kassenschlagers Paraquat in Bedrängnis

Das Pestizid Paraquat ist so giftig, dass bereits ein Schluck davon tödlich enden kann. Bei langfristiger oder wiederholter Exposition können selbst niedrige Dosen das Risiko für eine Parkinson-Erkrankung erhöhen. Aufgrund seiner extremen Toxizität hat die Schweiz Paraquat schon 1989 verboten. Mittlerweile haben über 50 Länder weltweit Paraquat mit einem Verbot belegt, auch die EU und sogar China, sowie nach langem Ringen im September nun auch Brasilien – bisher einer der grössten Märkte für Syngentas Paraquat.

Im Oktober beschloss die Schweizer Regierung zudem ein Exportverbot für fünf «besonders problematische» in der Schweiz verbotene Pestizide, darunter Paraquat: Bereits ab 1. Januar 2021 darf Syngenta das Herbizid nicht mehr aus der Schweiz exportieren. Mit diesem wichtigen Schritt trägt der Bundesrat weltweit zum Schutz von Mensch und Umwelt vor gefährlichen Chemikalien bei. Jedoch produziert und exportiert Syngenta Paraquat auch aus Grossbritannien und anderen Ländern.

Bei Annahme der Konzernverantwortungsinitiative müsste Syngenta weltweit Verantwortung übernehmen – und damit auch für die Folgen der Produktion und Verwendung von Paraquat und anderen gefährlichen Pestiziden, die der Konzern ausserhalb der Schweiz produziert. Paraquat gerät auch international immer wieder unter Beschuss: 2019 traten im Westen des indischen Bundesstaats Odisha Ärztinnen und Ärzte in den Hungerstreik, um ein Verbot des Pestizids einzufordern. Sie machen es verantwortlich für über 170 Todesfälle innerhalb einer Periode von nur zwei Jahren.



### Schweizer Konzerne beliefern Afrika mit giftigen Treibstoffen

Schweizer Konzerne nutzen die laschen afrikanischen Treibstoffstandards gezielt aus, um mit dem Verkauf von gesundheitsschädlichem Benzin und Diesel ihren Gewinn zu maximieren. Vitol und Trafigura sowie die Addax and Oryx Group besitzen eigene Tankstellennetze oder sind an diesen beteiligt. Im Grosshandel sind auch Glencore, Mercuria, Gunvor und Litasco aktiv. Die Firmen handeln nicht nur mit dem minderwertigen Treibstoff, der in Europa längst verboten ist und zynisch als «African Quality» bezeichnet wird, sie stellen ihn auch selber her.

Public Eye hat 2016 in acht Ländern den Schwefelgehalt in Diesel analysiert und nachgewiesen, dass er bis zu 378 Mal höher ist als in Europa erlaubt; beim Benzin sind es bis zu 72 Mal. Zudem enthalten die Treibstoffe weitere gesundheitsschädigende Substanzen in Mengen, die in Europa verboten sind. Die Folge: eine gewaltige Erhöhung der Luftverschmutzung in afrikanischen Städten – mit gravierenden Folgen für die Gesundheit der betroffenen Menschen.

#### Das ändert sich mit der Initiative:

Schweizer Rohstoffhändler müssten eine Sorgfaltsprüfung vornehmen, wie sie die Initiative verlangt. Damit wären sie gezwungen, die Risiken für das Recht auf Gesundheit anzuerkennen und sauberere Treibstoffe statt «Dirty Diesel» zu liefern. Das könnten sie problemlos. Heute schon verkaufen Trafigura & Co. in Europa und den USA, wo es strenge Standards gibt, schwefelarme Treibstoffe.

### LafargeHolcim gefährdet die Gesundheit eines ganzen Dorfes

Neben dem nigerianischen Dorf Ewekoro betreibt der Schweizer Konzern LafargeHolcim eine grosse Zementfabrik und einen dazugehörigen Kalksteinbruch. Überall liegt Zementstaub: auf den Dächern, in den Häusern, auf den Feldern. Ärzte berichten, dass die Menschen gravierende Gesundheitsschäden davontragen.

Im Dorf ist die Feinstaubbelastung extrem hoch. Durch die Zementproduktion im Werk und die Explosionen im Steinbruch lagert sich der Staub überall ab; selbst die Kleider, die zum Trocknen aufgehängt werden, sind nach kurzer Zeit voll davon.

Der schädliche Feinstaub gelangt auch ins Wasser, das die Menschen in Ewekoro als Trinkwasser und zum Kochen brauchen. Die Dorfbevölkerung ist diesen Belastungen tagein, tagaus ausgesetzt. Viele leiden mit der Zeit an irreversiblen Gesundheitsschäden: Atemwegsbeschwerden, Schäden an Leber, Lungen oder Milz und Augenkrankheiten.

#### Das ändert sich mit der Initiative:

LafargeHolcim müsste endlich sicherstellen, dass die Menschen in Ewekoro nicht weiter mit Feinstaub vergiftet werden. Änderte sich weiterhin nichts, könnte die Dorfbevölkerung in der Schweiz eine Klage einreichen und eine Wiedergutmachung anstreben.



### Ausbeutung und Umweltskandale in der Textilindustrie

60 bis 75 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter in Fabriken, die überwiegend in Billiglohnländern stehen, fertigen Kleider und Textilien für die Welt. Ihre Löhne machen meist nur den Bruchteil eines Existenzlohns aus, der nötig wäre, um ihnen und ihren Familien ein einfaches Auskommen zu sichern. Die Arbeitsverhältnisse sind meist informell und prekär, die Arbeitsbedingungen gefährlich und menschenunwürdig. Nicht besser sieht es auf den Baumwollfeldern, in den Ledergerbereien, Färbereien, Webereien und auf den vielen anderen Schauplätzen der Textilindustrie aus. Immer wieder kommt es zu Rechtsverletzungen und Umweltskandalen.

Die Missachtung international anerkannter Menschenrechte ist in der gesamten Textilindustrie weit verbreitet. Die Verfolgung von Gewerkschaften verletzt die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen. Armutslöhne verstossen gegen das Recht auf existenzsichernde Löhne. Unsichere Gebäude, lasche Arbeitsschutzstandards und der Einsatz giftiger Stoffe ohne geeignete Schutzmassnahmen bedrohen das Recht auf Gesundheit und Leben.

#### Das ändert sich mit der Initiative:

Schweizer Unternehmen der Bekleidungs- und Textilindustrie würden gesetzlich verpflichtet, in ihren globalen Wertschöpfungsketten dort präventiv aktiv zu werden, wo gravierende Risiken für Mensch und Umwelt bestehen. Ein Ja würde jenen Unternehmen den Rücken stärken, die bereits heute ihre Verantwortung für Menschenrechte und internationale Umweltnormen wahrnehmen.

### Glencore-Mine vergiftet Kinder mit Schwermetallen

In Cerro de Pasco in Peru sind Luft, Wasser und Böden mit Schwermetallen vergiftet. Schuld daran ist eine gigantische Mine, die eine Tochter des Zuger Rohstoffkonzerns Glencore mitten in der Stadt betreibt. Die Minengesellschaft gehört zu den weltweit grössten Produzentinnen von Zink, Blei und Silber. Die Mine produziert zu den niedrigsten Kosten der ganzen Branche. Den Preis dafür zahlen die Menschen mit ihrer Gesundheit.

Bislang versuchte Glencore stets, sich aus der Verantwortung zu stehlen: Die extremen Verschmutzungen seien historisch bedingt, die Mine verletze nun keine Umweltstandards mehr. Doch das ist nachweislich falsch. Die Situation hat sich unter der Kontrolle von Glencore nicht verbessert, im Gegenteil: Eine Haaranalyse bei Kindern zeigt, dass sich die Bleikonzentration in den letzten Jahren weiter verschlimmerte. Die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Lokalbevölkerung bleiben desaströs. So leiden 2000 Kinder unter chronischen Schwermetallvergiftungen. Für sie hat dies dramatische Folgen: Blutarmut, Behinderungen und Lähmungen.

#### Das ändert sich mit der Initiative:

Die Geschädigten von Cerro de Pasco könnten in der Schweiz eine Klage einreichen. Die Initiative fordert, dass Glencore für Verschmutzungen und Vergiftungen, die durch die Tätigkeit des Konzerns verursacht sind, geradestehen muss.

## **«Hinter dem Gegenvorschlag des Nationalrats konnte ich zu 100 % stehen»**

Die Zürcher FDP-Nationalrätin Doris Fiala hatte sich im Parlament mit Vehemenz für den knapp gescheiterten, griffigen Gegenvorschlag des Nationalrats zur Initiative eingesetzt. Ihr Engagement für einen glaubwürdigen Kompromiss sei klar «im freisinnigen Geist», schliesslich laute das Motto des Freisinns «Freiheit UND Verantwortung».

**URS RYBI** 

## Hat dich das Thema Unternehmensverantwortung erst politisch oder beruflich zu interessieren begonnen?

Als Vorsitzende des Beirats von RepRisk AG bin ich seit Jahren sensibilisiert auf die sogenannten ESG-Standards zu Umwelt, Sozialem und Unternehmensführung. Gerade auch Investoren legen zu Recht immer mehr Wert auf Nachhaltigkeit. Ich war immer und bin auch heute der Meinung, dass gelebte Corporate Social Responsibility international «State of the Art» sein muss und wir unsere Wirtschaft so positionieren sollten, dass sie gleiche Wettbewerbsbedingungen wie andere hat, auch punkto ESG-Verantwortung. Die Schweiz als wohlhabendes Land muss sich «vorbildlich» zeigen, aber bitte auf Augenhöhe mit internationalen Mitbewerbern! Dafür setze ich mich ein.

#### Dafür gäbe es ja die Standards der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD.

OECD-Standards sind mühsam zu koordinieren und durchzusetzen. Aber wenn die OECD-Länder zusammen mit internationalen Wirtschaftsverbänden einen Konsens finden, was zu tun ist, dann muss das dann auch umgesetzt werden. Seit 2011 besteht im Grunde bereits Einigkeit darüber, dass multinationale Unternehmen Sorgfaltsprüfungen für ESG-Risiken machen müssen. Da fällt es mir schon schwer zu verstehen, was das Problem ist, wenn man das zehn Jahre später auch im Gesetz festschreibt. Frankreich hat das schon 2017 gemacht, Deutschland ist soeben daran. Ich habe mich deshalb im Parlament vehement für den echten Kompromiss und härteren Gegenvorschlag des Nationalrats eingesetzt. Leider bin ich untergegangen.

### Wie schätzt du die Arbeit von Public Eye in diesem Themenfeld ein?

Public Eye nehme ich als verlässlichen und kompetenten Partner wahr. Ich konnte mich auf eure Aussagen und euer Wort verlassen. Logisch sehe ich es als Freisinnige und Wirtschaftsvertreterin etwas differenzierter und anders: Nachhaltigkeit betrifft immer auch nachhaltigen Schutz von Arbeitsplätzen, nachhaltiges Lösen von grossen Gesellschaftsfragen und ökologische Überlegungen. In einer Demokratie braucht es uns alle! Verantwortung hat da-

her mehrere Gesichter. Den Druck von Public Eye nahm ich immer als hart, aber sachlich wichtig wahr. Wer wie Public Eye viel fordert, weiss auch, dass der Kompromiss nicht bei den Maximalforderungen liegen kann. Das ist unser System ... Ich hatte es begrüsst, dass die Initianten gegenüber dem Parlament transparent und verbindlich erklärt hatten, dass sie bei Annahme des nationalrätlichen Gegenvorschlags die Initiative zurückgezogen hätten.

# Professor John Ruggie, der Autor der UNO-Leitprinzipien, vollbrachte 2011 das politische Kunststück, in diesem umstrittenen Bereich einen von Staaten, Wirtschaft und Zivilgesellschaft anerkannten globalen Standard zu schaffen. Wie kamst du mit seiner Arbeit in Kontakt?

Ich hatte Professor Ruggie im Konflikt rund um die FIFA und die anstehende Weltmeisterschaft in Katar bereits vor Jahren in die Schweiz geholt. Er ist eine Referenzgrösse für mich. Ich war mit meinen Bemühungen aber etwas zu spät dran. Und Sepp Blatter war nicht mehr ausreichend in der Lage, zusammen mit Ruggie neue Massstäbe zu setzen. Dennoch hat sich selbst in der FIFA einiges bewegt.

Die Initiative wurde erst lanciert, nachdem sich der Nationalrat 2015 hauchdünn dagegen entschieden hatte, auf Basis der UNO-Leitprinzipien eine Schweizer Sorgfaltsprüfungspflicht zu fordern. Damals warst du noch sehr skeptisch. In den letzten Jahren hast du dich aber mit Teilen der Wirtschaft für einen glaubwürdigen Kompromiss stark gemacht. Wieso? Ich habe zu viel gesehen in der Entwicklungszusammenarbeit und im Europarat, zu viel! Man kann nicht so handeln, als würde uns das nicht betreffen: All risks are global! Zudem lautet das Motto des Freisinns «Freiheit UND Verantwortung». Ich handle daher klar im freisinnigen Geist.

Eine überparteiliche Gruppe um Hans-Ueli Vogt (SVP/ZH) hat einen griffigen Gegenvorschlag entwickelt. Der Nationalrat sagte viermal Ja dazu, Economiesuisse bekämpfte ihn vehement, der Ständerat setzte in letzter Minute eine Alibi-Alternative durch: Wie hast du diese dreijährige Odyssee erlebt?

Das ist Politik! Ich hätte es mir aber in der Tat anders gewünscht. Das Parlament hatte es in der Hand, einen breit getragenen Kompromiss zu verabschieden. Das hatten sich namentlich auch bedeutende Teile der Wirtschaft gewünscht. Im Nationalrat sprachen wir uns vier Mal für den erst ganz am Schluss gescheiterten, glaubwürdigen Gegenvorschlag aus. Der Ständerat hielt schlussendlich erfolgreich dagegen.

#### Überrascht dich das grosse Echo, das die Initiative erst im Parlament und nun in der Bevölkerung auslöst?

Gar nicht: Menschen wollen, dass wir eine florierende Wirtschaft haben, aber sie wollen auch, dass wir beim Geldverdienen Respekt leben und eine gute Wertehaltung sowie Verantwortung an den Tag legen. Ich sehe es deshalb als Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass vorbildliche Unternehmen vor unfairer Konkurrenz geschützt werden, die sich weniger um grundlegende Nachhaltigkeitsstandards kümmern.

## Und woher rührt dann der heftige Widerstand von Teilen der etablierten Wirtschaftsverbände?

Gleiche Wettbewerbsbedingungen verteidige auch ich, wie die Wirtschaft! Aber für mich muss der Kompromiss das Mass aller Dinge bleiben! Den grossen Dachverbänden der Wirtschaft mangelte es in diesem Dossier leider wirklich an entsprechender Bereitschaft und auch an Gespür für den veränderten Zeitgeist. Im Gegensatz zu den Unternehmen selber: Eine aktuelle Befragung des grossen Beratungsunternehmens Deloitte unter 112 Finanzchefs kommt zum Schluss, dass etwa die Hälfte bei Annahme der Volksinitiative gewisse Zusatzkosten für das Management ihrer Lieferkette erwartet, dies aber wohl kaum Einfluss auf Produktionsstandorte oder Arbeitsplätze in der Schweiz hätte und insgesamt Gelassenheit herrscht. Das ist ein ziemlicher Kontrast zur Panikmache der Dachverbände. Damit man mich nicht falsch versteht: Auch in den Dachverbänden gibt es Brückenbauer, aber diese konnten sich zu wenig durchsetzen. Ich halte das für problematisch - für die Wirtschaft, aber auch für unsere politische Kultur.

#### Nun greift auch Operation Libero auf Seite der Befürwortenden in den Abstimmungskampf ein. Wie wichtig ist dieses Signal?

Ein wichtiges Signal! Ich habe aber nicht für Operation Libero kandidiert, sondern für den Freisinn. Loyalität der eigenen Partei gegenüber ist ein wichtiger Wert für mich.

Von den 146 Volksinitiativen seit dem Jahr 1980 genossen nur deren 7 noch breitere Unterstützung als die Konzernverantwortungsinitiative – gemessen an den Parteiparolen. Überrascht dich das und wagst du eine Prognose zum Ausgang?

Es überrascht mich nicht ... ich mache jedoch keine Prognosen, sondern bestmögliche Sachpolitik! Das bedeutet für mich: Sollte die Initiative vom Volk angenommen werden, dann werde ich mich dafür einsetzen, dass wir im Parlament auf den nationalrätlichen Gegenvorschlag zurückgreifen und auf diesem aufbauen. Hinter dem Gegenvorschlag konnte ich zu 100 % stehen. Von den Initianten erwarte ich in der Umsetzung dann auch Pragmatismus! In diesem Sinne begrüsse ich es, dass ihr anfangs Oktober konkrete Umsetzungsideen auf Gesetzesebene publiziert habt. Ich kann der NZZ in diesem Punkt nur zustimmen, wenn sie schreibt: «Immerhin kann man hier im Unterschied zu manch anderen Urnengängen den Initianten nun den Vorwurf nicht machen, dass sie vor der Abstimmung keine Angaben über eine mögliche Umsetzung gemacht hätten.»

Das Interview wurde schriftlich geführt.



#### **Doris Fiala**

Seit 2007 ist Doris Fiala für die FDP im Nationalrat. Sie ist eine der bekanntesten Vertreterinnen des Zürcher Freisinns, vertrat die Schweiz
im Europarat und war von 2009 bis 2015 Mitglied
der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-N). In dieser Funktion kam sie auch
in Kontakt mit Urs Rybi, dem Politikverantwortlichen für Rohstoff und Konzernverantwortung
von Public Eye. Er vertrat die Initiativkoalition
während der mehrjährigen parlamentarischen
Beratung gegenüber dem Parlament.



Als ich Andreas Missbach darum bitte, mit mir über sein Verhältnis zur Konzernverantwortungsinitiative zu sprechen, antwortet er in aller Bescheidenheit, er wisse nicht so recht, wovon er reden solle. Doch ein paar Stichworte reichen, und er ist nicht mehr zu bremsen. Alles andere hätte mich auch überrascht, ist Andreas doch einer der wenigen Menschen, welche die Initiative von den Anfängen des Projekts bis zur nun anstehenden Abstimmung begleitet haben. Er staunt selbst über die vielen Jahre, die in der Zwischenzeit ins Land gezogen sind.

## Untätigkeit des Bundes erforderte neue Aktionsformen

Seit den Anfängen der Erklärung von Bern (EvB), der Vorläuferorganisation von Public Eye, gab es viele Entwicklungen, die auf die Ziele der Initiative hinausliefen. Schon immer galt die politische Arbeit der EvB der Verantwortung der Unternehmen in Fragen der Menschenrechte und fokussierte sie sich in ihrem Engagement auf die Skandale von Schweizer Multis im Ausland. Und sie wurde nicht müde, vom Bund das Ergreifen von Massnahmen zu fordern, die der Schwere der Tatbestände entsprachen. Doch sämtliche Forderungen und Lösungsvorschläge stiessen beim Bundesrat auf taube Ohren, neue Aktionsformen waren gefragt. Umso mehr, als in den Nullerjahren des neuen Jahrtausends bei den internationalen Organisationen einiges in Bewegung geriet, als erste Gespräche zu den späteren UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte aufgenommen wurden. Die EvB ergriff die Gelegenheit beim Schopf.

2011 verbündet sich die EvB mit 50 Partnerorganisationen und reicht eine Petition mit über 135 000 Unterschriften ein. Durch diese Erfahrung gestärkt, wird sich die Allianz ihrer Mobilisierungskraft bewusst und schaltet einen Gang höher: An einer Zusammenkunft ihrer aktivsten Mitglieder wird der Entscheid gefällt, eine Volksinitiative zu lancieren. Mit dabei war selbstverständlich

Andreas Missbach, begleitet von Urs Rybi, der sich im Auftrag von Public Eye später und bis heute mit grossem Elan für die Initiative eingesetzt hat, sowie Lyssandra Sears, einer früheren Mitarbeiterin der Organisation.

Andreas fühlt sich klein angesichts eines Projekts, das ihn nach damaligem Ermessen vier lange Jahre beschäftigen sollte. Heute huscht ein Lächeln über sein Gesicht, als er zu rechnen beginnt: Rechnet man die gesamte Vorbereitungsarbeit dazu, war er für die Initiative und die Kampagne dazu fast zehn Jahre engagiert. Trotz aller Rückschläge gab er die Hoffnung nie auf, und im Lauf der Zeit nahm sein Glaube an einen Erfolg der Initiative sogar zu. Die Zielsetzung der Initiative sei von Anfang an realistisch gewesen, hingegen habe er nicht mit einem überzeugenden Gegenvorschlag gerechnet, sagt Andreas. Doch ein solcher kam aufs Tapet, bereitete dem Parlament einiges Kopfzerbrechen und sorgte für eine unerwartete Dynamik, bevor die valable Variante zugunsten eines Alibi-Gegenvorschlags schliesslich knapp verworfen wurde.

#### Hervorragende Arbeit und breite Mobilisierung

Endlich wird nun über die Initiative abgestimmt. Das langjährige Engagement von Andreas und unzähligen anderen könnte Früchte tragen, wenn jetzt alle nochmals ihr Letztes geben. Der Wirtschaftshistoriker und Soziologe ist überzeugt, dass die hervorragende Arbeit des Sekretariats der Initiative und die breite Mobilisierung im Rahmen der Kampagne den Abstimmungssieg ermöglichen. Dieser wäre allerdings nur eine Etappe, wenn auch eine wichtige, auf dem langen Weg der Konzernverantwortung, und für Public Eye begänne danach ein neues Kapitel ihrer Geschichte. Im Erfolgsfall werde man darauf achten müssen, dass der Initiativtext gut umgesetzt wird. So oder so werde sich Public Eye wie seit über 50 Jahren überall dort weiter engagieren, wo ihr Engagement für die Menschenrechte nötig ist. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

## An vorderster Front dabei

Cyrielle Froidevaux ist Ko-Koordinatorin der Regionalgruppe Genf von Public Eye und Mitglied des lokalen Unterstützungskomitees für die Konzernverantwortungsinitiative in Versoix GE. Zwei Engagements, die für Cyrielle untrennbar miteinander verbunden sind und sich ideal ergänzen.

MAXIME FERRÉOL



Samstag, 26. September 2020 im Parc des Bastions in Genf. Ich treffe mich mit Cyrielle Froidevaux, damit sie mir von ihrem Einsatz für Public Eye und die Konzernverantwortungsinitiative erzählt. Aus Anlass des Festivals Alternatiba Léman sind die Wege im Park gesäumt von zahlreichen Ständen; wie jedes Jahr seit 2015 machen über 150 Organisationen der Zivilgesellschaft mit. Sie suchen nach Antworten auf den Klimanotstand und setzen sich für soziale Gerechtigkeit ein.

Ich treffe Cyrielle vor dem roten Zelt von Public Eye. Just hier hatte sie vor zwei Jahren ihre erste Begegnung mit der Organisation. Davor hatte bereits eine Fernsehreportage zur Recherche Dirty Diesel ihr Interesse geweckt, mit der Public Eye den Skandal über den Verkauf von giftigen Treibstoffen durch Schweizer Rohstoffkonzerne in Afrika aufgedeckt hatte.

#### Lust, die Bevölkerung am eigenen Wohnort zu mobilisieren

Cyrielle hatte damals realisiert, dass sie in politischen Fragen besser informiert sein und vor allem über die skrupellosen Geschäftspraktiken grosser Schweizer Unternehmen mehr wissen wollte. Diese hatten anscheinend das Gefühl, dass sie im Ausland machen konnten, was ihnen in der Schweiz verwehrt war. «Das Magazin von Public Eye mit seinen umfassenden Recherchen schien mir eine verlässliche Informationsquelle und eine unerlässliche Lektüre zu sein», erzählt Cyrielle.

Nach Gesprächen mit Mitgliedern der Regionalgruppe Genf, die 2018 am Stand von Public Eye im Parc des Bastions standen, entschloss sich Cyrielle, sich ins Abenteuer zu stürzen. Heute koordiniert sie die Gruppe zusammen mit Sylvia Basterrechea.

Nach und nach engagiert Cyrielle sich auch für die Konzernverantwortungsinitiative und schliesst sich gleich bei seiner Gründung im Frühling 2019 dem Lokalkomitee von Versoix an. Die Perspektive, die Bevölkerung an ihrem eigenen Wohnort zu mobilisieren, hat sie sogleich fasziniert. Dass sie im Lokalkomitee mitmachen wollte, war für sie deshalb sonnenklar und die logische Folge ihrer Haltung: «Die Initiative macht es möglich, auf die Skandale zu reagieren, die Public Eye aufdeckt.» Natürlich in der Absicht, die Konzerne dazu zu bringen, ihre Geschäftspraktiken zu überdenken, wenn diese dazu führen, dass Menschenrechte verletzt oder die Umwelt zerstört werden.

#### Gegner kennen Inhalte der Initiative kaum

In den Gesprächen, die sie mit den Menschen in ihrer Region führt, stellt Cyrielle fest, dass die Personen, welche die Initiative ablehnen, ihre Inhalte kaum kennen und ihre ablehnende Haltung nicht wirklich begründen können. Oft geben sie sich mit den Behauptungen der Desinformationskampagne der Gegner der Initiative zufrieden.

Die Einschränkungen, die der Kampf gegen die Pandemie mit sich bringt, haben die Arbeit der Gruppe lange behindert. Mit grosser Freude haben sie deshalb das rote Zelt im Parc des Bastions aufgestellt. Und Cyrielle schafft es mit grosser Eleganz, ihre beiden Hüte aufzuhaben. Nähert sich jemand dem Stand, leitet sie das Gespräch rasch auf die Diskussion über die Abstimmung vom 29. November, nur schon, um daran zu erinnern, das Abstimmungscouvert rechtzeitig der Post zu übergeben, bevor sie über die Arbeit von Public Eye informiert. Denn ganz unabhängig vom Resultat am Abstimmungssonntag wird der investigative Journalismus auch in Zukunft eine ganz wichtige Rolle haben, wenn es darum geht, das Fehlverhalten der Konzerne anzuprangern, die Opfer zu verteidigen und konkrete Lösungen für Missstände vorzuschlagen. Cyrielle auf jeden Fall ist fest entschlossen, sich weiter für die Kampagnenorganisation einzusetzen, die ihr so sehr am Herzen liegt. Weil es Public Eye weiterhin braucht.

## So engagieren Sie sich in letzter Minute für die Initiative



#### Nehmen Sie an der Abstimmung teil

Das ist das Allerwichtigste: Vergessen Sie nicht, an der Abstimmung teilzunehmen. Am besten werfen Sie das Abstimmungskuvert mit ihrem JA! noch heute in den Briefkasten, damit Ihre Stimme sicher rechtzeitig bei ihrer Gemeinde ankommt. Letzte Gelegenheit ist dann am Abstimmungssonntag an der Urne.



## Erklären Sie Ihrem Umfeld, wieso es die Initiative braucht

Auf Seite 4 finden Sie unsere fünf besten Argumente, wieso die Initiative eine Selbstverständlichkeit ist. Damit überzeugen Sie Ihr persönliches Umfeld.



#### Verbreiten Sie die Initiative auf Social Media

Teilen Sie auf Facebook, Instagram, Whatsapp, Youtube, Twitter oder Linkedin Inhalte zur Initiative. Unterstützen Sie uns mit moderner Mund-zu-Mund-Werbung.



#### Verbreiten Sie den Konzern-Report in Ihrem Umfeld

Schauen Sie sich den Dokumentarfilm «Der Konzern-Report» an und senden Sie den Link an Freunde und Bekannte. Sie finden den Film auf der Startseite von Public Eye.



## Schreiben Sie Postkarten an Freunde und Bekannte

Am Ende dieses Magazins finden Sie zwei Postkarten. Versenden Sie diese an Freunde und Bekannte, die Sie daran erinnern wollen, auch wirklich abstimmen zu gehen. Übergeben Sie diese noch heute der Post.



## Schreiben Sie Leserbriefe und kommentieren Sie online

Schreiben Sie Leserbriefe zur Abstimmung über die Initiative in Ihrer Lokalzeitung und Ihrem Leibblatt. Und kommentieren Sie online. Die wichtigsten Argumente finden Sie ab Seite 4.



## Bestellen Sie dieses Sonder-Magazin von Public Eye zur Initiative

Sie sind von diesem Magazin begeistert und möchten es Nachbarin Nina, Freund Federico oder Cousine Claire weitergeben? Nichts leichter als das: Bestellen Sie noch heute zusätzliche Exemplare unter **shop.publiceye.ch** und verteilen Sie diese.



## Spenden Sie für den Endspurt im Abstimmungskampf

Sie finden die Konzernverantwortungsinitiative eine tolle Sache, hatten bisher aber nie Gelegenheit, Ihr Portemonnaie dafür zu öffnen? Spenden Sie unter **publiceye.ch/spenden**. Wir setzen uns auch nach dem 29. November für die Anliegen der Initiative ein.

#### So engagieren Sie sich längerfristig für die Anliegen der Initiative

#### Werden Sie Mitglied von Public Eye

Wie gesagt: Public Eye setzt sich auch nach dem 29. November für die Anliegen der Initiative ein. Unterstützen Sie unser langfristiges Engagement mit einer Mitgliedschaft. So erhalten Sie sechsmal im Jahr unser Magazin mit exklusiven Recherchen, Infografiken, Fotos und News.

Mit der Rückantwortkarte am Ende des Magazins oder unter **publiceye.ch/mitglieder** auf der Website können Sie sich noch heute für eine Mitgliedschaft anmelden.

#### Treten Sie einer Regionalgruppe von Public Eye bei

Neun Regionalgruppen in der Deutschschweiz und in der Romandie treffen sich regelmässig, um die Arbeit von Public Eye mit lokalen Aktionen zu unterstützen. Machen Sie mit und engagieren Sie sich mit anderen Freiwilligen! Oder gründen Sie gleich selber eine Regionalgruppe.

Online unter **publiceye.ch/regrus** oder mit der Rückantwortkarte am Ende des Magazins können Sie uns noch heute Ihre Bereitschaft zum Engagement melden.



### So engagierten sich die Regionalgruppen von Public Eye in den letzten Jahren für die Initiative

Die neun Public Eye Regionalgruppen (Regrus) sind in der deutschen und französischen Schweiz auf lokaler Ebene mit den Informationen und Kampagnen von Public Eye präsent – mit Infoständen, Filmabenden, Vorträgen oder Lesungen. Die Konzernverantwortungsinitiative war und ist für Engagierte eine Herzensangelegenheit und viele hatten schon 2015 und 2016 – bewaffnet mit Kugelschreiber und Unterschriftenbögen – den Schritt auf die Strasse gewagt: Auch dank Hilfe der Regrus kamen so innert weniger Monate die nötigen Unterschriften für die KVI zusammen.

Die vier Jahre zwischen Einreichung der Initiative im Oktober 2016 und der Abstimmung vom kommenden 29. November nutzten die Regrus für regelmässige Informationsanlässe. Vor allem mit Filmabenden brachten Freiwillige das Thema «Konzernverantwortung» breiteren Kreisen nahe. Gezeigt wurden die Dokumentarfilme «Trading Paradise», «Das grüne Gold», «La buena vida» oder «Stealing Africa» – zuletzt in erster Linie «Der Konzern-Report», der Film zur Initiative, coronabedingt meist unter freiem Himmel. Alle diese Filme thematisieren die systematische Verletzung von Menschenrechten durch grosse Konzerne.

#### Wie geht es weiter?

Für eine Prognose braucht es keine Umfragen im Vorfeld: Am Abstimmungstag werden die Nerven von uns

und vielen Freiwilligen in den Regrus zum Zerreissen gespannt sein. So lange hiess es, die KVI komme noch «in diesem Jahr» zur Abstimmung, nun ist es endlich soweit! Wir hoffen natürlich auf ein klares JA!

Und danach? Egal wie die Abstimmung ausgeht – das Engagement der Regrus wird weiterhin wichtig sein. So wollen wir 2021 zeigen, wie die Schweiz und hier beheimatete Konzerne – von der Textil- über die Pharma- bis hin zur Rohstoffindustrie – ihre Verantwortung für Menschenrechte und Umwelt wahrnehmen, oder eben nicht. Auch 2021 werden wir diese Kampagnen dank der Unterstützung vieler Regru- und Public Eye-Mitglieder in die Städte und Gemeinden tragen. Dass wir auch regional gut aufgestellt sind, motiviert uns bei Public Eye sehr. Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns – herzlichen Dank an alle Engagierten!



#### VERSCHENKEN SIE EINE MITGLIEDSCHAFT!

Schenken und gleichzeitig etwas Gutes tun? Kein Problem! Beschenken Sie Ihre Liebsten mit einer Public Eye Mitgliedschaft. Eine reguläre Mitgliedschaft gibt es für 75 Franken, eine Jugendmitgliedschaft für Personen bis 27 Jahre bereits für 30 Franken.

Die oder der von Ihnen Beschenkte erhält sechsmal pro Jahr die neuste Ausgabe unseres Magazins mit exklusiven Recherchen und informativen Reportagen. Mit diesem originellen und nachhaltigen Geschenk stärken Sie Public Eye und helfen uns, hier in der Schweiz für globale Gerechtigkeit einzutreten – auch nach der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative.

Bestellung mit Antwortkarte in diesem Heft oder online unter publiceye.ch/geschenkmitgliedschaft

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage!

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch





